

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.50 Mk.; Einzelnummern 10 Pf. Circulanten Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenburg im Enztal. Wildbad; Bankkonto: Enztalbank Rottm.-Gef. Haberle & Co. Wildbad; Postfachkonto Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundst. 15 Pfg., auferh. 20 einchl. Inf.-Steuer. Restzeit 50 Pfg.; Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Anstufentteilung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme Mgl. 8 Uhr vorm. : In Konkursfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck, Verlag u. Schriftleitung Theodor Gae, Wildbad, Wilhelmstraße A 151. Wohnung: Plomardstraße 237.

### Wachsender Appetit Frankreichs

In auffallender Weise beginnt in Pariser Kreisen der verschiedensten Richtung und sicher nicht ohne amtliche Beeinflussung eine Werbung für den Ausbau der deutsch-französischen Annäherungspolitik auf anderer Grundlage als des ja doch äußerst zweifelhaften Geschäftes mit den Eisenbahnobligationen. — Der „Matin“ insbesondere vollzieht eine neue Schwelung und schlägt im Artikel Henry de Jouvenel vor, Deutschland soll als Ersatz im Austausch für das, was es von Frankreich verlange, besonders im Osten Konzessionen machen, um dadurch jede Gefahr von dort möglichen Verwicklungen auszuschalten. Er verlangt dafür eine wirtschaftliche Verständigung Deutschlands mit Polen, eine Garantie der polnischen Grenze und feierliche Verpflichtungen Deutschlands gegen den Anschluß Österreichs. Das deutsche Angebot, gegen Räumung der Saar und des Rheinlandes einen Verkauf der Eisenbahnobligationen herbeizuführen, sei nicht annehmbar, zumal das mehr eine Angelegenheit Amerikas sei. Gegen neue Verpflichtungen könne man auch das besetzte Gebiet nicht räumen, weil man sonst die früheren Verfehlungen rechtfertige.

Die Gefahr sei jetzt nicht mehr am Rhein, sondern im Osten. Durch solche Abmachungen würden sowohl die Staaten der Kleinen Entente, denen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund Furcht einflöße, beruhigt und die französisch-italienische Freundschaft, die ebenfalls durch die Anschlußfrage gefährdet werde, wieder befestigt werden. Die wirtschaftlichen Gründe, die Deutschland überhaupt zur Neuorientierung seiner Politik bestimme und die wirtschaftliche Solidarität Europas gegenüber Amerika verlange eine Interessengemeinschaft der europäischen Staaten, wenn nicht ganz Europa zu Grunde gehen soll.

In dem von der Großindustrie abhängigen Blatt „Information“ verlangt Dausset von Deutschland an Stelle des Geschäftes mit den Eisenbahnobligationen, in welchem Deutschland, das im Schraubstock des Dawes-Planes gefangen sei, überhaupt nichts zu sagen habe, ein anderes Geschäft.

Die deutsche Industrie und der deutsche Handel sollen einen Teil ihres Kapitals in den großen staatlichen Unternehmungen Frankreichs, besonders zur besseren Ausnützung der französischen Kolonien, anlegen, außerdem seine Naturalienlieferungen, die übrigens, was die Kohlen anlangt, jetzt, wo man sie infolge des englischen Streiks am nötigsten brauche, bedenklich nachgelassen hätten, verstärken, den zehnten Teil seiner Arbeitslosen Frankreich zur Verfügung stellen, außerdem Maschinen und Schiffe liefern.

Wenn es in dem Eisenbahnobligationsgeschäft wirklich etwas tun wollte oder könne, so solle es die Erhöhung des Zinsfußes desselben von 5 auf 8 Prozent auf seine Rechnung nehmen und die Industriebankobligationen zurückkaufen und deren Erlös an Frankreich abliefern, sowie einen Teil der französischen Schuld an England und Amerika übernehmen.

Einen anderen Ton schlägt der „Avenir“ an, der das Wiederaufleben des französisch-englischen Bündnisses fordert, weil Frankreich dann nicht nötig haben würde, sich mit seinem früheren Feinde zu verbünden.

Es kann immer weniger bestritten werden, daß der Einfluß Poincarés auf die französische Außenpolitik im Wachsen ist. Auch von einem irgendwie entschiedenen Widerstand Briands dagegen ist bis jetzt nichts zu merken. In Frankreich glaubt man, daß man für die Befreiung des Rheinlands von Deutschland jedes Opfer erpressen könne. Und die deutsche Zustimmung zum polnischen Ratschlag hat in Paris offenbar die Hoffnung erweckt, daß Deutschland sich auch zu einer förmlichen Garantie der Ostgrenzen bereit erklären werde, um dafür am Rhein vorwärts zu kommen. Es zeigt sich nun, daß die vom „New York Herald“ aus Paris gemeldeten Bedingungen Frankreichs für die Rheinlandräumung nicht einfach aus der Luft gegriffen sind. Ein Teil der französischen Presse nimmt die Forderungen der deutschen Garantieerklärung für die Grenzen Europas auf. Auch die Entlassung Seeds hat in Frankreich Mut gemacht und den Entschluß gestärkt, nun aufs Ganze zu gehen. Auf jeden Fall aber dienen diese Presseäußerungen dem Zweck, für die bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen die Stellung der französischen Unterhändler zu stärken.

### Neue Nachrichten

Der Reichskanzler über die politische Lage

Essen, 11. Okt. Bei der Eröffnung des staatsbürgerlichen Lehrgangs, den die Reichszentrale für Heimatdienst gemeinsam mit der Stadt Essen vorbereitet hat, hielt Reichskanzler Dr. Marx eine Rede, in der er das Arbeitsprogramm der Regierung entwarf. Die Politisierung der Massen sei eine Folge der Demokratisierung des öffentlichen und poli-

### Tagesspiegel

In Berlin sind französische Finanzleute eingetroffen. Es soll sich um einen Ausleih der Vorkriegsschulden handeln. Nach einer anderen Meldung soll der Besuch mit der Besprechung von Thoiry in Zusammenhang stehen, also wohl den Verkauf der Reichsbahnschuldverschreibungen betreffen.

Zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei finden demnächst neue Besprechungen über den Eintritt der D. V. in die preußische Regierungskoalition statt.

Wie verlautet, beabsichtigt der Deutsche Werkbund im Jahr 1930 eine internationale Weltausstellung der Künste, Gewerbe und der formstiftenden Industrie zu veranstalten.

Der polnische Außenminister Zaleski erklärte, Polen werde trotz der Entscheidung des haafer Schiedsgerichtshofs die Stickstoffwerke in Chorzow (Oberschlesien) nicht mehr an Deutschland herausgeben.

In der englischen Grafschaft Leicesters haben die Bergarbeiter den Streik abgebrochen.

Das amtliche „Diario de Noticias“ in Lissabon bezeichnet die aus römischen Finanzkreisen kommende Nachricht von einem Verkauf der portugiesischen Kolonie Angola in Westafrika an Italien als eine Enttäuschung.

Die Verhältnisse der Neuzeit, dadurch werde eine Brücke zwischen Volk und Regierung geschlagen. Aber diese Politisierung beruhe auch die Gefahr der Zersplitterung des Volks in sich. Es sei das besondere Verdienst der Reichszentrale für Heimatsdienst, daß sie in diesem Sinne wirke.

Wenn Dr. Sierberg auch keine allgemeine Zustimmung gefunden habe, so habe es sich doch gezeigt, daß in immer weiteren Kreisen der Arbeitgeber diese Gedanken Anklang finden. Wer von der Notwendigkeit eines eintätigen Hand-in-Hand-Arbeitens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überzeugt ist, vom Arbeitgeber soziale Bemühen und vom Arbeitnehmer wirtschaftliches Verständnis verlangt, wer von beiden erwartet, daß sie ohne Einschränkung den Staat, wie er heute ist, anerkennen und Lüge gestatten, große Parteien von vornherein mit dem bedrückten Volk den besten Dienst, der leistungsgute Arbeit im Sinn der Volksgemeinschaft. Wir können uns nicht den Luxus leisten, große Parteien von vornherein mit dem Maß der Regierungsunfähigkeit zu brandmarken.

In den Monaten Juli und August sei eine Besserung der Reichseinnahmen zu verzeichnen, woraus auf eine größere Liquidität unserer Wirtschaft zu schließen sei. Aber auch die Ausgaben seien stark angestiegen. Die demnächst dem Reichstag zugehenden Nachtragsforderungen betreffen Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsbeschaffung, Wohnungsbau, Siedlungswesen und Fürsorge besonders stark bedrängter Landesteile. Das Reich müsse froh sein, wenn es in diesem Jahr hart am Fehlbetrag vorbeikomme. Vor allem dürfe man nicht vergessen, daß man in das Rechnungsjahr 1927 ohne Heberhänge des Vorjahres hineingehe. Steuererleichterungen seien nur möglich bei einer befriedigenden Lösung des Finanzausgleichs. Die Reichsregierung werde dafür sorgen, daß im nächsten Jahr das Geld zur endgültigen Regelung des Finanzausgleichs dem Reichstag baldigt zugehe.

Die vorhandenen Mittel reichen leider nicht zur restlosen Beseitigung der Arbeitslosigkeit aus. Die Regierung gehe bei ihrer Hilfe an die äußerste Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reichs. Die bisherigen Ergebnisse bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seien nicht ungünstig. Seit Anfang Juli ds. Js. sei eine Verminderung der Arbeitslosenzahl um eine Viertel-Million eingetreten. Das Stahlabkommen werde durch Beendigung des Schmelzverkaufs auf den Auslandsmärkten die Rentabilität der deutschen Eisenschmelzindustrie erhöhen, ihr und ihren Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeit sichern, den Wert der deutschen Ausfuhr steigern, was für die Gestaltung unserer Handelsbilanz von größter Bedeutung sei. Es stehe zu erwarten, daß daneben auch auf internationalem politischem Gebiet eine weitere Entspannung eintreten werde. Die vielumstrittene Politik der Verständigung habe uns ein gutes Stück weitergebracht. Die Ära der Diktate, der Ultimats, der Drohungen sei überwunden. Deutschland sei Mitglied des Völkerbunds geworden, der keinen Unterschied kennt zwischen Siegern und Besiegten. Wir werden im Völkerbund ehrlich und loyal mitarbeiten im Geiste der hohen Ideale, die dem Bund gesetzt sind, und hoffen, auf diese Weise auch unsere Interessen am besten zu wahren. Die Besprechungen von Thoiry seien etwas Selbstverständliches zwischen Nationen, die einem Bund angehören, dem die friedliche Beilegung etwa auftretender Streitfragen als höchstes Ziel gesetzt ist. Noch manche Schwierigkeiten werden zu überwinden sein, ehe wir zu einer befriedigenden Lösung der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen kommen werden. Im Hinblick auf Germersheim richte er (Marx) an die Bevölkerung des besetzten

Gebiets die Mahnung, würdige Zurückhaltung zu üben, damit auf sie auch nicht der Schein einer Mitschuld fallen könne.

### Die Personalveränderungen in Preußen

Berlin, 11. Okt. Das preussische Kabinett hat die Vorschläge des neuen Innenministers Grzesinski über die Personalveränderungen gebilligt. Der bisherige Ministerialdirektor Abegg wird an Stelle Dr. Meisters Staatssekretär, an Abeggs Stelle tritt Klaußner. Zum Polizeipräsidenten von Berlin wird Jörgiebel ernannt.

Karl Jörgiebel steht im 46. Lebensjahr. Er ist in Mainz geboren und gelernter Küfer. Dann wurde er sozialdemokratischer Parteisekretär und Gauleiter des Böttcherverbands in Köln. 1922 wurde er zum Polizeipräsidenten in Köln ernannt. In der Deutschen Volkspartei hat ihre völlige Uebergehung bei der Stellenbesetzung starken Anstoß erregt; sie wird so angesehen, daß das Kabinett auf den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung keinen Wert lege.

### Massenkündigungen von Optanten im Memelgebiet

Memel, 11. Okt. Vom litauischen Landesdirektorium wird den memelländischen Zeitungen mitgeteilt, um der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit abzuhelfen, habe das Direktorium Beamten und Angestellten, die für Deutschland optiert haben, gekündigt. Die Kündigungen bei den memelländischen Behörden haben große Beunruhigung unter der Bevölkerung ausgelöst. Die Maßnahmen des Direktoriums stehen im schroffen Widerspruch zu den Wünschen des Landtags, der nicht wollte, daß die Optanten früher als nötig entlassen würden. Weiter wird berichtet, daß der Präsident des Landesdirektoriums eine Verfügung erlassen habe, nach der jeder Beamte, der die Grenze nach Deutschland hin überschreiten wolle, sei es auch nur für kurze Zeit, vorher die Genehmigung des Präsidenten des Direktoriums einzuholen habe. Es liegt auf der Hand, daß durch eine solche Maßnahme die Bewegungsfreiheit der Beamten ganz ungeheuerlich eingesengt wird.

### Italienischer Vorstoß in Innsbruck

Innsbruck, 11. Okt. Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, will die italienische Regierung in Innsbruck einen Hausbau ausführen, in dem das italienische Konsulat und eine italienische Schule untergebracht werden soll. In Innsbruck leben rund 500 Italiener, die etwa 50 Kinder haben. Die Erregung gegen die italienischen Absichten ist groß. Des Grundbuchamt hat den Ankauf des in Frage kommenden Grundstücks bzw. die Vollmacht des italienischen Generalkonsuls aus formellen Gründen nicht anerkannt.

### Untersuchung der Kosten der Sozialversicherung

Genf, 11. Okt. Auf Veranlassung der englischen Regierung wird sich der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamts, der am 14. Oktober hier zusammentritt, mit einer Untersuchung über die Kosten der Sozialversicherung und der öffentlichen sozialen Einrichtungen in den verschiedenen Ländern zu befassen haben. Der Ausschuss schlägt vor: 1. Eine Untersuchung über die Gesamtheit der sozialen Lasten der großen Industrieländer, 2. einen internationalen Vergleich anzustellen zwischen den Lasten der für den internationalen Wettbewerb wichtigsten Industrien, wie Kohle, Eisen, Stahl, Baumwolle und Schiffbau. In der Begründung heißt es, die sozialen Lasten haben mit der allgemeinen Wirtschaftskrise noch den Krieg eine erhöhte Bedeutung bekommen. Um die Märkte zu erobern oder zu behaupten, suche man die Verkaufspreise herabzusetzen und man untersuche die Faktoren, die vor allem die Preislage bestimmen, wobei in erster Linie die Gehälter und Löhne und ganz besonders die sozialen Lasten, namentlich soweit sie aus der Sozialversicherung erwachsen, in Betracht kommen. Jedes Land glaube, die höchsten Lasten zu haben, und deswegen müsse man genaue Erhebungen anstellen.

### Die deutsch-englischen Industriellenbesprechungen

London, 11. Okt. Die Besprechungen der deutschen und der englischen Industriellen in Romsay sind beendet. Beide Parteien sollen, wie die „Daily Mail“ berichtet, über den Erfolg erfreut sein. Es sei jedoch festzustellen, daß keine neuen oder überraschenden Entwicklungen im internationalen Handelsverkehr folgen werden. Man habe nur feststellen wollen, wieweit die europäische Industrie zusammenarbeiten könnte, anstatt wie bisher sich die Kohle abzuschneiden. Wahrscheinlich werden weitere Zukunftsankünfte, zunächst in Deutschland, folgen. — Das Ergebnis scheint demnach vorläufig noch mager zu sein.

### Ein englischer Ratschlag für Polen

London, 11. Okt. Zum russisch-litauischen Vertrag schreibt die „Times“, die halbberzige Verbürgung Wilnas für Litauen, die er enthalte, sei mit dem polnisch-russischen Vertrag von Riga völlig unvereinbar. und ein bemerkenswerter tödlich-





